

Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und
Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Ihr Ansprechpartner
Juliane Morgenroth

Durchwahl
Telefon +49 351 564 55055
Telefax +49 351 564 55060

presse@sms.sachsen.de*

15.06.2021

Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche sind Schwerpunktthema der Gesundheitsministerkonferenz

**Ministerin Petra Köpping: »Gesundheit von Kindern im Kontext der
Corona-Pandemie ist ein besonderes Anliegen«**

Morgen treffen sich die Gesundheitsministerinnen und -minister sowie die Senatorinnen und Senatoren für Gesundheit der Länder unter dem Vorsitz des bayerischen Staatsministers für Gesundheit und Pflege zur 94. Gesundheitsministerkonferenz (GMK), die digital durchgeführt wird.

Ein Schwerpunktthema der Konferenz betrifft die Gesundheit von Kindern im Kontext der Corona-Pandemie. Die Konferenz wird das Bundesgesundheitsministerium unter anderem bitten, Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie gemeinsam mit den anderen Bundesministerien sowie externen Sachverständigen neu zu entwickeln und die Ergebnisse allen Bundesländern zur Verfügung zu stellen. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) soll beauftragt werden, eine zielgruppenspezifische Öffentlichkeitskampagne zur Bewusstseinsbildung für die Themenbereiche Bewegung und Ernährung zu initiieren sowie entsprechende Angebote online zur Verfügung zu stellen. Weiterhin wird der Bundestag durch die GMK ersucht werden, eine Enquete-Kommission einzurichten, die sich für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Spät- und Langzeitfolgen einer COVID-19-Erkrankung bei Kindern und Jugendlichen einsetzt, die Forschung zu coronabedingten Auswirkungen auf die seelische und körperliche Gesundheit von Kindern und Jugendlichen intensiviert und Umsetzungsvorschläge an die Bundesregierung erstellt.

Gesundheitsministerin Petra Köpping erklärt: »Wir Länderkolleginnen und -kollegen sind uns bewusst, welche schwere Last auf den Schultern von Kindern und Jugendlichen als Auswirkung der Corona-Pandemie lastet. Deshalb ist es uns ein ganz besonderes Anliegen, den Bund in die Pflicht zu nehmen und alle Anstrengungen darauf zu richten, Kinder und Jugendliche

Hausanschrift:
**Sächsisches Staatsministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gesellschaftlichen
Zusammenhalt**
Albertstraße 10
01097 Dresden

www.sms.sachsen.de

Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien
3, 7, 8 Haltestelle Carolaplatz.

* Kein Zugang für verschlüsselte
elektronische Dokumente. Zugang
für qualifiziert elektronisch signierte
Dokumente nur unter den auf
www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html
vermerkten Voraussetzungen.

nicht zurückzulassen. Wir brauchen verlässliche Forschungsergebnisse, im Übrigen auch für Sachsen, damit wir eventuelle Defizite abbauen und künftige Maßnahmen sensibel abstimmen können. Und wir brauchen Angebote für Kinder und Jugendliche – und natürlich auch für ihre Familien, um zu entlasten und Perspektiven zu geben. Das ist eine sehr große Aufgabe, das ist uns klar. Aber es ist die Pflicht von Bund und Ländern, diese Aufgabe anzunehmen und schnellstmöglich mit der Arbeit zu beginnen.«

Verschiedene bundesweite Studien zur psychischen Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zeigen ein deutliches Ausmaß an psychischen Belastungen und Einbußen des Wohlbefindens und der Lebensqualität während der Pandemie. In Sachsen konnte trotz der schwierigen Bedingungen der Kinder- und Jugendärztliche Dienst der Gesundheitsämter die gesetzlichen Schulaufnahmeuntersuchungen im Schuljahr 2020/21 weitestgehend vollständig durchführen. Zum Ende des Jahres werden die Ergebnisse erwartet, die ein Spiegel für die Entwicklung der Motorik und des Gewichts von Vorschulkindern im Freistaat sind. Die Daten werden dann besonders auch daraufhin zu analysieren sein, wie gravierend sich die pandemischen Maßnahmen auf die untersuchten Indikatoren (Motorik und Körpergewicht) ausgewirkt haben.

Weitere Themen, die bei der GMK beraten und beschlossen werden, widmen sich unter anderem der Nachsorge bei Personen mit Post-COVID-Syndrom, der nachhaltigen Finanzierung des Personalaufbaus in den Gesundheitsämtern, der Finanzierung der Impfzentren oder der Sicherstellung der Plasmaversorgung.